



**30 Jahre Volksabstimmung AKW Zwentendorf:
Grüne fordern sofortigen Stopp von Österreichs
Millionen-Zahlungen an europäische Atomindustrie
Raus aus EURATOM!**

Pressekonferenz

mit

Abg. Z. NR. Dr.in Eva Glawischnig, Klubobfrau
Abg. z. NR. Mag.a Christiane Brunner, Umwelt- und Anti-Atomsprecherin
Landesrat Rudi Anschober, Landessprecher der Grünen OÖ.

Wien, am 3. November 2008

30 Jahre Zwentendorf: Österreich muss Millionen-Zahlungen für europäische Atomindustrie stoppen – Raus aus Euratom!

Am 5. November 1978 haben sich die Österreicherinnen und Österreicher per Volksabstimmung mehrheitlich gegen die Inbetriebnahme des einzigen österreichischen Atomkraftwerks in Zwentendorf (NÖ) entschieden. In der Folge gab es bis zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 von VertreterInnen von SPÖ und ÖVP zwar Versuche, diesen Volkswillen zu ignorieren und das AKW Zwentendorf doch noch aufzusperren. Spätestens seit dem Tschernobyl-Super-GAU waren ein AKW-freies Österreich und der konsequente Kampf für einen europäischen Atomausstieg politischer Konsens in Österreich.

Dieser Konsens wurde jedoch in den letzten eineinhalb Jahrzehnten von SPÖ und ÖVP mehrfach gebrochen. **30 Jahre nach dem Nein zum AKW Zwentendorf ist Österreich immer noch nicht aus der Atomkraft ausgestiegen.** Seit dem EU-Beitritt 1995 finanzieren österreichische SteuerzahlerInnen die europäische Atomindustrie kräftig mit. Mehr als 500 Millionen Euro hat Österreich seit 1995 für EU-Atomprogramme gezahlt. Eine halbe Milliarde Schilling, die genauso wie die verlorenen Baukosten des AKW Zwentendorf keinen Nutzen für Österreich bringen. Der einzige Rückfluss aus der EU sind steigende Atomstromimporte nach Österreich.

Insbesondere vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise ist es nicht mehr zu akzeptieren, dass weiterhin Millionen an österreichischem Steuergeld, das für konjunkturbelebende Maßnahmen im Inland dringend benötigt wird, an die europäische Atomindustrie fließt.

Die Grünen fordern:

- **Sofortiger Stopp der Atom-Zahlungen an die EU.**
- **Österreich muss Raus aus dem Euratom-Vertrag**

Es gibt kein vernünftiges Argument, wieso Österreich weiterhin Mitglied der europäischen Atomgemeinschaft sein soll, die sich vertraglich „der Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie in Europa“ verschrieben hat. Da alle Bemühungen um eine Reform des Euratom-Vertrags gescheitert sind, bleibt nur mehr der Ausstieg Österreichs aus dieser „Unsicherheitsgemeinschaft“.

Österreich ist von Atomkraftwerken umzingelt

Der Widerstand gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf ist eine der Wurzeln der Grünen. 30 Jahre später ist der Widerstand gegen die Risikotechnologie Atomkraft ungebrochen wichtig. Die europäische Atomindustrie kassiert immer noch Milliarden subventionen, zahlreiche neue Atomkraftwerke sind in Planung, auch an Österreichs Grenze (Temelin, Mochovce...). An 14 Standorten rund um Österreich bedrohen bereits jetzt knapp 30 größtenteils sehr unsichere AKW die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung.

Atomkraft ist und bleibt unsicher, lebensgefährlich, teuer und hinterlässt Berge von strahlendem Atommüll für Tausende Jahre. Atomkraft schützt nicht das Klima und leistet keinen Beitrag zur Energie-Versorgungssicherheit.

HINTERGRUND

Österreichs Anti-Atom-Konsens ist löchrig

Die Aufmerksamkeit der österreichischen Anti-Atompolitik richtete sich danach auf den Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken an Österreichs Grenze. Die Bundesregierungen hatten den Ausbauplänen der Atomindustrie an Österreichs Grenzen allerdings wenig entgegengesetzt. In den letzten 20 Jahren gingen zwei AKW-Blöcke im slowakischen Mochovce (1998, 1999) und zwei Blöcke im tschechischen Temelin (2001, 2002) in Betrieb. Der Widerstand der Bundesregierungen kam zu spät und war zu halbherzig.

Mit dem EU-Beitritt 1995 ist Österreich auch der europäischen Atomgemeinschaft EURATOM beigetreten (siehe unten Abschnitt zu EURATOM-Vertrag). SPÖ und ÖVP haben seither drei neuen milliarden schweren EU-Atomforschungsprogrammen zugestimmt und tragen den von Atomstaaten wie Frankreich und England und der EU-Kommission forcierten Pro-Atom-Kurs Europas mit. Widerstand haben SPÖ und ÖVP vor allem in Österreich selbst für die innenpolitischen Schlagzeilen betrieben. Ernsthaftige Initiativen gegen grenznahe AKW und für einen europäischen Atomausstieg gab es keine.

Obwohl Österreich also selbst keine Atomkraftwerke betreibt, ist es also über die EU und internationale Organisationen an der Finanzierung der Atomindustrie beteiligt. Seit 1995 leistet Österreich für die unter dem EURATOM-Vertrag subsumierten Aktivitäten im Bereich Atomkraft Zahlungen von jährlich ca. 40 Mio. Euro an die EU. **Seit 1995 hat Österreich die europäische Atomindustrie also mit mehr als 500 Mio. Euro mitfinanziert.** 500 Millionen, die in Österreich keine Arbeitsplätze geschaffen haben. Der einzige „Rückfluss“ aus der EU sind die steigenden Atomstromimporte nach Österreich.

Eine Vergleichszahl: Die im österreichischen Budget für „Energiepartnerschaften“ (Unterstützung von Projekten im Bereich Energieeffizienz und erneuerbare Energien als Alternative zur Atomkraft) mit den Mittel- und Osteuropäischen Staaten zur Verfügung stehenden Mittel haben für die vier Jahre 2002 bis 2005 insgesamt geringe 1,5 Millionen Euro ausgemacht. Auf Grund der extrem hohen Dotierung des aktuell (2007 – 2013) laufenden EU-Atomforschungsprogramms wird sich der Anteil Österreichs in den kommenden Jahren weiter erhöhen.

Österreich ist umzingelt von Atomkraftwerken

An 14 Standorten stehen in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien, der Schweiz und Deutschland knapp 30 AKW-Blöcke in gefährlicher Nähe zur österreichischen Grenze. Es handelt sich dabei vorwiegend um Atomkraftwerke mit veralteter Technologie, die als unsicher gelten. Keines der AKW ist gegen Terroranschläge mit Flugzeugen gesichert. Ein Super-Gau in einem der AKW wäre eine Katastrophe für die österreichische Bevölkerung. Wien ist nicht evakuierbar.

Zahlreiche Neubaupläne drohen das Atomrisiko an Österreichs Grenze weiter zu erhöhen. Tschechien will am Standort Temelin zwei weitere AKW bauen, in der Slowakei soll bereits nächstes Jahr mit der Fertigstellung der beiden Blöcke Mochovce 3 und 4 begonnen werden. Auch in Slowenien wird immer wieder über den Bau eines zweiten AKW am Standort Krsko diskutiert. Darüber hinaus sind bei bestehenden AKW Laufzeitverlängerungen geplant, wie beispielsweise beim ungarischen AKW Paks, das 20 Jahre länger am Netz bleiben soll.



Quelle: Anti Atom International

Der Euratom-Vertrag

Der EURATOM-Vertrag begründete 1957 die Europäische Atomgemeinschaft und schreibt für die Mitgliedsstaaten das seither nie veränderte Ziel „der Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie in Europa“ als EU-Primärrecht fest. EURATOM finanziert die EU-Atomforschung und hat Milliarden von Euro als Kredite für die Errichtung oder Modernisierung von Atomkraftwerken vergeben. Für die Euratom-Programme sind im Zeitraum von 2007-2013 insgesamt 4,1 Milliarden Euro im EU-Budget reserviert. Dieser Budgetbeschluss wurde, wie alle EU-Atom-Budgetbeschlüsse seit 1995 auch mit Zustimmung der österreichischen Bundesregierung gefasst. In den vergangenen 30 Jahren hat die Atomforschung mehr als 60 Milliarden Euro von den Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen erhalten. Österreich zahlt seit dem EU-Beitritt mit bei Euratom ca. 40 Millionen Euro. Pro Jahr. Tendenz steigend.

Zwentendorf hat insgesamt rd. 1 Milliarde Euro gekostet. Mehr als die Hälfte dieses Betrags hat Österreich seit dem EU-Beitritt an die EU-Atomindustrie gezahlt.

Auch für den Bau von Atomkraftwerken wurden europäische Gelder durch den EURATOM-Vertrag eingesetzt: Auf Drängen der pro-nuklearen Regierungen und der Atomlobby führte der Europäische Rat 1977 die gesonderte Kreditvergabe für die Entwicklung der Nukleartechnologie ein. Unternehmen aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien und anderen EU-Ländern nutzten diese Kredite mit günstigen Zinssätzen. Insgesamt wurden bis heute EURATOM-Kredite in der Gesamthöhe von 3,2 Milliarden Euro vergeben.

Atomkraft ist ein Auslaufmodell

Immer noch lobbyiert die Atomindustrie erfolgreich. Neue Milliardenprojekte in Europa (etwa Temelin, Mochovce, Dukovany, Belene) werden unter dem Deckmantel der sicheren und langfristig kostengünstigen Energieversorgung und des Klimaschutzes vorangetrieben.

Dabei hält Atomkraft keinem dieser Argumente stand:

- Atomkraft ist keineswegs sicher: Gerade in den letzten Monaten häuften sich wieder die Meldungen von Störfällen in Atomanlagen in ganz Europa, kürzlich „feierte“ das AKW Temelin seinen 111. Störfall. Verbunden mit Pannen in der Information über diese Unfälle, wie im Juni dieses Jahres beim AKW Krsko stellen Atomkraftwerke nach wie vor ein hohes Risiko für die Bevölkerung dar.
- Atomkraft ist nicht kostengünstig: Steigende Errichtungs- und Abrisskosten, steigende Uranpreise, ungeklärte und Atommüll-Lager, die Unversicherbarkeit von

Atomkraft, riesigen öffentliche Förderungen: Der Preis für Atomstrom beinhaltet nicht die gesamten Kosten dieser Risikotechnologie.

- Atomkraft schützt das Klima nicht: Durch den Bau und Abriss der Anlage, die Kernbrennstoffe und deren Bereitstellung entstehen wesentlich höhere Treibhausgasemissionen pro erzeugter Energieeinheit als bei der Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie.

Das Grüne Anti-Atom-Paket

Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag und ein atomkraftfreies Europa

- Stopp der österreichischen Euratom-Zahlungen und Verwendung der ca. 40 Mio. Euro pro Jahr für konjunkturbelebende Klimaschutzmaßnahmen
- Ausstieg aus dem Euratom-Vertrag
- Anti-Atom-Allianz für ein atomkraftfreies Europa gemeinsam mit den anderen AKW-freien Staaten und Ländern, die den Atomausstieg beschlossen haben
- Abschaffung aller Subventionen für Atomkraft, keine weitere Vergabe von Euratom-Krediten
- Österreichs Veto im EU-Rat gegen Subventionen und Forschungsmittel für Atomenergie sowie gegen den Abschluss von EU-Atomverträgen mit Drittstaaten
- Reform der Europäischen Atomhaftung durch Anhebung der Haftungssummen für AKW-Betreiber auf das Niveau erwartbarer Schäden eines Super-Gaus
- Abschaltung aller besonders terrorgefährdeten AKW

Schluss mit dem Atomrisiko an unserer Grenze

- Völkerrechtsklage gegen Tschechien auf Grund Nicht-Einhaltung des Melker Temelin-Abkommens.
- Dem geplanten Bau von zwei neuen Reaktoren am Standort Temelin und der angekündigten Erweiterung von Dukovany muss entschieden entgegengetreten werden, das schwache tschechische Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz mit schwachen Rechten für österreichische BürgerInnen darf nicht akzeptiert werden.
- Der geplante Fertigbau der slowakischen Reaktoren Mochovce 3 und 4 muss von der Regierung bekämpft werden. Die Slowakei darf die beiden alten Risikomeiler nicht unter Umgehung der EU-UVP-Richtlinie auf Basis einer Baugenehmigung aus den 80er-Jahren fertig bauen.
- Ergänzung des Bundesverfassungsgesetzes für ein atomfreies Österreich: Regierungsmitglied werden verpflichtet, für den Ausstieg der EU-Mitgliedsstaaten aus der Kernenergie einzutreten, d.h.
 - auf Rechtsakte hinzuwirken, die unter Achtung der Grundrechte zu einem Verbot neuer AKW bzw. zur Stilllegung oder Nicht-Inbetriebnahme bestehender AKW in der EU führen, auf die Auflösung des EURATOM-Vertrags hinzuwirken,
 - auf Haftungsvorschriften für Atomschäden nach dem Vorbild des österreichischen Atomhaftungsgesetzes hinzuwirken und
 - keinen Maßnahmen der EU zustimmen, die dem Atomausstieg zuwiderlaufen, wie z.B. Kreditvergaben für AKW oder Forschungsprogramme im Bereich der Kernfusion und der Entwicklung neuer Reaktorkonzepte.

30 Jahre Volksabstimmung AKW Zwentendorf

Mitte der 1960er Jahre begann in Österreich die Diskussion über die Notwendigkeit eines Atomkraftwerks, 1969 wurde der Bau eines AKW im Tullnerfeld durch die Bundesregierung angekündigt, später wird Zwentendorf als Standort festgelegt. 1970 wird die „Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H (GKT)“ gegründet, 50 Prozent stehen im Eigentum der Verbundgesellschaft, den Rest teilen sich sieben Landeselektrizitätsgesellschaften.

1972 begann ein Firmenkonsortium (deutsche Kraftwerksunion - KWU, Siemens Österreich, Elin, AEG) am Standort Zwentendorf mit den Bauarbeiten für einen Siedewasserreaktor, der mit einer Leistung von 700 MW 10% des in Österreich produzierten Stroms liefern sollte. Veranschlagte Kosten: 5,2 Mrd. Schilling. Ein von der SPÖ-Alleinregierung beschlossener Energieplan sah vor, in Österreich drei Atomkraftwerke mit einer Leistung von insgesamt 3000 MW zu errichten.

In der Bevölkerung formierte sich seit Ende der 1960er Jahre Widerstand gegen die österreichischen Atompläne. Das politische Spektrum der GegnerInnen war breit, 1977 gibt es zahlreiche Großdemonstrationen gegen Zwentendorf mit Tausenden TeilnehmerInnen. Im Dezember 1977 konnte die Anti-Atom-Bewegung durch bloßes Androhen von Aktionen die Lieferung von nuklearen Brennstoffen für das AKW Zwentendorf vorerst verhindern. Die Lieferung der Brennstäbe erfolgte nach sechs Jahren Bauzeit im Jänner 1978 mittels Bundesheerhubschrauber und mit starkem Polizeiaufgebot.

Aufgrund des wachsenden Drucks gab der damalige Bundeskanzler Bruno Kreisky bekannt, dass am 5. November 1978 eine Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des AKWs Zwentendorf abgehalten wird.

Während zu diesem Zeitpunkt die Atomkraft in weiten Teilen Europas noch unumstritten und im Aufwind war, stimmte die österreichische Bevölkerung mit 50,5 Prozent gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf.

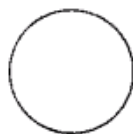
Amtlicher Stimmzettel

für die

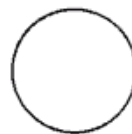
Volksabstimmung am 5. November 1978

Soll der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Juli 1978
über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich
(Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf)
Gesetzeskraft erlangen?

Ja



Nein



Quelle: AAI

Die Politik hinkte weiter hinterher. In Folge der Volksabstimmung wurde zwar am 15. Dezember 1978 im Nationalrat das „Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich“ (Atomsperrgesetz) einstimmig beschlossen und damit die Energieerzeugung durch Kernspaltung in Österreich verboten. SPÖ und ÖVP starteten jedoch immer wieder Versuche, eine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf doch noch durchzusetzen.

Noch 1985 machte die Industriellenvereinigung Druck auf die ÖVP, Zwentendorf doch in Betrieb zu nehmen. Hochrangige ÖVP- und SPÖ-Politiker wie z.B. Andreas Kohl, Wolfgang Schüssel, Fritz Verzetnitsch oder Heinz Fischer waren damals weiterhin auf Pro-Atom-Kurs. Die ÖVP-Fraktion im Bundesrat unternahm 1985 einen Vorstoß für ein neues Referendum, alle ÖVP-BundesrätInnen, mit Ausnahme von Maria Rauch-Kallat, war dafür.

1986 explodierte das Atomkraftwerk Tschernobyl, weite Teile Ost- und Mitteleuropas, auch in Österreich, wurden kontaminiert. Hunderttausende Menschen leiden noch heute an den Spätfolgen des Super-GAUs. Erst diese Katastrophe brachte die Diskussionen um das AKW Zwentendorf endgültig zu einem Ende.